

Wolfgang Sobotka,
Claudia Höbarth,
Christian Moser-Sollmann [Hg.]

Stich wort geber

von Hannah Arendt bis Karl Popper

Grundsatzdenkerinnen
und Grundsatzdenker für Politik,
Wissenschaft und Wirtschaft

Wolfgang Sobotka,
Claudia Höbarth,
Christian Moser-Sollmann [Hg.]

Stichwortgeber

von Hannah Arendt bis Karl Popper

Grundsatzdenkerinnen
und Grundsatzdenker für Politik,
Wissenschaft und Wirtschaft

BÖHLAU

Impressum:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Böhlau, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)

Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress und Wageningen Academic.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Redaktion: Christian Moser-Sollmann, Wien
Grafik und Satz: Bertram Könighofer, Wien
Druck und Bindung: Hubert & Co, Ergolding

Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN: 978-3-205-22363-4

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Hannah Arendt Denken ohne Geländer	15
Hildegard Burjan Die Vorkämpferin weiblicher Sozialpolitik in Österreich	25
Edmund Burke Kritiker der Revolution	39
Erhard Busek Christ und Demokrat, intellektuell und kreativ	49
Richard Coudenhove-Kalergi Die Vereinigung Europas führt über Paneuropa	59
Heinrich Drimmel Gegen die Standpunktlosigkeit	69
Ludwig Erhard Übervater der Sozialen Marktwirtschaft	83
Walter Eucken Wirtschaftsordnung mit dem Blick aufs Ganze	93
Viktor E. Frankl Zum Sinn oder Zweck von Geschichte und Politik	105
Arnold Gehlen In jedem Brotlaib steckt Chemie	119
Nicolás Gómez Dávila Politik des Geistes im Dienste von Schönheit und Würde	129
Friedrich August von Hayek Freiheit als zentrales öffentliches Gut	139

Stichwortgeber

Friedrich Heer	
Ringen um den ständigen Dialog	151
Marga Hubinek	
Vorkämpferin für die Rechte der Frau	161
Andreas Khol	
Grundsatzdenker der Bürgersolidarität	171
Russell Kirk	
Der Begründer des amerikanischen Konservatismus	183
Panajotis Kondylis	
Die Welt ist vage	193
Konrad Paul Liessmann	
Das Unbequeme der Aufklärung	203
Jacques Maritain	
Vater der Christdemokratie	213
Odo Marquard	
Verteidigung der Bürgerlichkeit	223
Jörg Mauthe	
Schönheit und Fantasie als politische Kategorien	233
Johannes Messner	
Leben im Dienst der sozialen Gerechtigkeit	247
Ludwig von Mises	
Kämpfer gegen die Unfreiheit des Sozialismus	261
Alois Mock	
Der europäische Marathonmann	269
Elisabeth Noelle-Neumann	
Regierung beruht auf Meinung	283
Michael Oakeshott	
Politik der Skepsis	293

Karl Popper	
Streiter für eine offene Gesellschaft	303
Andreas Rödder	
Alternativen zum Regenbogen	313
Wolfgang Schäuble	
Sisyphos und Skeptizist	323
Maria Schaumayer	
Die solidarische Eisbrecherin	335
Roger Scruton	
Die Rettung des Menschlichen in der wissenschaftlich- technischen Zivilisation	345
Adam Smith	
Vater der moralisch begründeten Volkswirtschaftslehre	355
Robert Spaemann	
Das Ethos des Lebendigen	365
Edith Stein	
Ringen um unvergängliche Werte	375
Leo Strauss	
Politische Philosophie und die Frage nach dem Guten	389
Margaret Thatcher	
Die liberal-konservative Revolutionärin	399
Eric Voegelin	
Der Erneuerer der Politikwissenschaft	407
Erika Weinzierl	
Das historische Gewissen der 2. Republik	415
Zitate-Register	423

Einleitung

Der Kanon und die zeitlosen Wahrheiten der zweieinhalbtausend Jahre alten europäischen Geistesgeschichte und Überlieferung sind durch eine ideologische Wissenschaft gegenwärtig gefährdet. Die abendländische Denktradition war, beginnend mit Sokrates, immer bestrebt, die Wirklichkeit der menschlichen Natur zu verstehen. Ihre seit Jahrhunderten erprobten Methoden und Analyseinstrumente werden aber in politischen Diskursen und in der ideen- und begriffsgeschichtlichen Grundlagenforschung zunehmend zugunsten eines relativierenden postmodernen Denkens mit einer Vorliebe für assoziatives und rhizomatisches (Wunsch-)Denken verworfen. Poststrukturalistische, postkoloniale, postmoderne und diverse andere (post-)Gemeinplätze und Überzeugungen dominieren die Lehrpläne der Universitäten und den Jargon der veröffentlichten Meinung und prägen somit die vorherrschende Auffassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Um auf diese tektonischen Veränderungen im Selbstverständnis der Gesellschafts- und Geisteswissenschaften angemessen reagieren zu können, ist es einerseits notwendig zu verstehen, woher diese das akademische und öffentliche Leben dominierenden Theorien kommen und warum sie mit ihren Ideen gegenwärtig den Mainstream des Denkens und politischen Handelns bilden. Und andererseits ist es wichtig, theoretische Alternativen vor dem Vergessen zu retten und für zeitgenössische Debatten wieder zugänglich zu machen.

Statt sich vorbehaltlos den universellen Werten von Aufklärung und Wahrheit zu verpflichten, wird heute vielerorts eine alternative Wissenschaft gelehrt und verkündet: Der französische Philosoph Michel Foucault lehnte objektive Wahrheit und universelle Normen ab, der Literaturtheoretiker Edward Said etablierte Postkolonialismus und Orientalismus-Verklärung, die Literaturwissenschaftlerin Gayatri Chakravorty Spivak erfand den strukturellen Essentialismus, der kulturelle und Klassenunterschiede als naturgegeben deutet, der US-amerikanische Bürgerrechtler Derrick Bell sah strukturellen Rassismus als Teil der gesellschaftlichen Ordnung im demokratischen Rechtsstaat und

Stichwortgeber

die Juristin Kimberlé Crenshaw stellte die These der Intersektionalität auf, die das Zusammenwirken mehrerer Unterdrückungsmechanismen als gegeben annimmt.

Diese fünf wirkmächtigen Ideologen haben Postmodernismus, Postkolonialismus, Critical „Race“ Theory, Erzähltheorien und Geschlechterstudien als prägende Welterklärungsmodelle im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Mainstream verankert und neue Normalitätsimperative mit sich gebracht. Rassismus wird hier etwa als historisch gewachsenes Phänomen betrachtet, welches die Ungleichbehandlung von Menschen durch diskriminierende Rechtsnormen legitimiert, während in Wirklichkeit das Wesen eines Rechtsstaates ganz im Gegenteil ja in der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz gilt. Solche gedanklichen Verzerrungen und Fehler prägen mittlerweile viele Forschungsdesigns: Gruppenidentitäten werden von Interessensgruppen als soziale Konstrukte gebrandmarkt und Traditionen und überlieferte Sitten wahlweise als euro- oder phallozentrisch „dekonstruiert“. Wissenschaftler müssen die Welt nicht mehr erklären und verstehen, sondern sollen die Welt therapieren, heilen und nach bestimmten Kriterien neu erbauen. Glaubenskrieger und Aktivisten haben den nüchternen und in dialektischen Denkbewegungen argumentierenden Gelehrten und Wissenschaftler an den Rand gedrängt. Der dadurch ausgelöste langsame Abstieg der europäischen Universitäten von den Höhen der Humboldt-Ideale zu den Niederungen von Verbotskultur und ad personam Argumenten hat den ergebnisoffenen Forschergeist und die universitäre Kultur nachhaltig beschädigt. Von der Idee der freien Lehre ist in Zeiten von Massendaten und merkmals- statt inhaltsgetriebenen Debatten nicht mehr viel übriggeblieben. Die Wirklichkeit der österreichischen Universitäten ist eine andere als die Idee der freien Lehre, der noch viele Bildungsbürger anhängen. Der kritische und strebsame Geist ist aus vielen Fakultäten entschwunden und vielfach sind Intellektuelle, Wahrheitsdiener und Gelehrte heute heimatlos. Der britische Philosoph und öffentliche Intellektuelle Roger Scruton hat die feindliche Unterwanderung ergebnisoffenen Denkens zugunsten einer identitätspolitischen Agenda in seinem Buch „Narren, Schwindler. Unruhestifter. Linke Denker des 20. Jahrhunderts“ genau

analysiert. Scruton seziert die Thesen von Eric Hobsbawm, Edward Thompson, John Galbraith, Jürgen Habermas, Jean-Paul Sartre, Louis Althusser, Jacques Lacan, Gilles Deleuze, Jacques Derrida, Alain Badiou, Slavoj Žižek und vielen anderen und zeigt, wie dieses Denken unseren Alltag und die politische Debatte beeinflusst und verändert hat.

Die Identitätslinke mit ihren Schwerpunkten Identitätspolitik, Postkolonialismus, Dekonstruktion, kritische „Rassen“-Theorie, kritische „Weißseinsforschung“ und kritische Studien hat, neben einer Vorliebe für sperrige Wörter und der Etablierung neuer Leitwerte wie Diversität, Geschlecht und Inklusion, der Entdeckung und Kommodifizierung von Achtsamkeit, Selbstoptimierung und Nachhaltigkeit auch einen a priori defizitären Blickwinkel auf die westliche Lebenswelt durchgesetzt: Angeblich, so predigen ihre Parteigänger, beruht unsere freie Demokratie trotz ihrer verbrieften Grundrechte auf systemischer Unterdrückung und der Herrschaft weniger, die der Masse der Bevölkerung durch Entfremdung und Verdinglichung ihre Menschenwürde berauben. In der Logik dieser tendenziösen Meistererzählung sind alle Menschen Opfer. Im beinharten Opferwettbewerb werden ständig neue vermeintliche Ungerechtigkeiten proklamiert. Unter der repressiven Realität schlummert eine angeblich verborgene Realität, die mittels Dekonstruktion freigelegt werden soll. Geschlecht, Ethnie, Kultur, Geschichte, Biologie, Kanon, Familie, Religion, Werte, alles kann und soll dekonstruiert werden, auch wenn es jahrtausendlang die Grundlage unserer Zivilisation bildete. Wenn diese vermeintlichen Unterdrückungsmechanismen aktiv bekämpft werden, werde die Menschheit fortschrittlicher, gleicher und emanzipatorischer werden. Künftig werde „Milch und Honig“ fließen, lautet das Heilsversprechen der Kulturlinken. Je bindungsloser und unabhängiger der Mensch, desto freier wird er sein. Woher kommt aber die seltsame Idee, dass alle unschuldig geborenen Menschen durch ihre Sozialisation in Familie, Schule und Beruf dann scheinbar willenlos in vorgefertigte, repressive und ausbeuterische Strukturen gepresst werden, die zu dekonstruieren einen Akt der Befreiung darstellt, fragt Scruton? Und woher kommt das in der etatistischen Linken weitverbreitete Mantra, dass ein allwissender Staat für die gerechte Verteilung der Güter, die Erziehung der Bürger

Stichwortgeber

und das Glück der Allgemeinheit allein verantwortlich sei, wenn die Linke gleichzeitig den Staat und die überlieferte europäische Kultur beschuldigt, ein Instrument der Unterdrückung und Ausbeutung zu sein? Derselbe Staat, der für Kolonialismus, Imperialismus, Dispositive der Macht und strukturelle Diskriminierung verantwortlich gemacht wird, soll gleichzeitig mit Gender-Mainstreaming, Quoten und sonstigen sozialarchitektonischen Umerziehungsprogrammen den Menschen befreien? Solche logischen Widersprüche und Fehler kümmern die Propagandisten der Progressiven freilich nicht. Denn ihr politisches Ziel ist der Umbau und die Umgestaltung der Gesellschaft in ihren Fundamenten und die Zerstörung der überlieferten Werte und nicht die Gleichheit vor dem Recht.

Diese kulturalistisch argumentierende Linke akzeptiert nichts, was sich ihrer Ideologie in den Weg stellt. Weder Recht, Bräuche, Sitten und Institutionen sind vor dem Furor der Fortschrittsfreunde sicher. Der Bereich des Sagbaren wurde eingeschränkt und eine Art liberale Zensur verwirklicht. Hinter der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verbirgt sich die Forderung nach einem klaren Schnitt mit dem Bestehenden und historisch Bewährten.

Der Irrglaube einer fortschrittlichen Geschichtsschreibung und die Tarnung und Ersetzung von Wissenschaft durch Ideologie hat die neue Linke von Marx übernommen. Schon Marx, der seine Ideologie als Wissenschaft verkleidete, argumentierte utopisch und nicht wissenschaftlich, das heißt ergebnisoffen. Marx entwarf eine Geschichte, die angeblich von Fortschritt geprägt ist. Marx erfand aber auch eine Gesellschaft, in der alle Leistungen der Rechtsordnung vorhanden sind, obwohl es keine Gesetze gibt. Und in seinem Gesellschaftsentwurf sind sämtliche Produkte eines auf Arbeitsteilung basierenden Wirtschaftssystems erhältlich, obwohl es kein Eigentum gibt. Eine solche Gesellschaft ist eine Fiktion und keine wissenschaftlich objektive Analyse. Solche inneren Widersprüche und logischen Denkfehler kennzeichnen auch die Theorien der identitätspolitischen Linken. Rufmord, soziale Ächtung, Quoten und Zwang prägen ihre Arbeit. Von Vertragsfreiheit und Freiwilligkeit halten sie nichts. Marx zweckentfremdete Wissen-

schaft als notwendige Gesetze der historischen Entwicklung und gab als politische Ziele Befreiung und Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit aus. Seine geistigen Erben nutzen heute Vereine, Lobbyisten, Aktivisten, Gesetzgebung, Quoten, Aufsichtsräte, NGOs und von Steuergeldern geförderte Regierungskommissionen, um alle von ihnen arbiträr ausgemachten Quellen vermeintlicher Diskriminierung zu beseitigen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Befreiung ist bürokratisiert worden, wenn beispielsweise genderneutrale Sprache, Klimagerechtigkeit oder Transgenderrechte durchgesetzt werden sollen.

Immer werden diese Kämpfe um (soziale) Gerechtigkeit als Wahl zwischen Gut und Böse inszeniert, wo selbstlose Kämpfer des Lichts gegen die Kräfte der Dunkelheit antreten. Dieses simple Schwarz-Weiß-Denken bedient ein Freund-Feind-Schema, verhindert ein ergebnisoffenes und sachorientiertes politisches Handeln und durchdringt neben den Medien und den Universitäten heute zunehmend auch die schulischen Lehrpläne und heimischen Kindergärten, wo Gesinnung, Haltung und ein manichäisches Weltbild das ergebnisoffene Streben nach Wahrheit ersetzen. Bei Debatten zählt häufig nur mehr, wer dafür und wer dagegen ist, ohne überhaupt noch nach der Sinnhaftigkeit des Gesagten zu fragen.

Bei ihrem flächendeckenden Eroberungszug der veröffentlichten Meinung hat die Postmoderne auch die (politische) Sprache grundlegend verändert. Man entwickelt keine Argumente mehr, man verändert die Wirklichkeit durch richtige Haltung. In dieser Instrumentalisierung und Transformation der Sprache sieht Scruton das bleibende Kainsmal der neuen theoretischen Linken. Sprache wird missbraucht, um politische Andersdenkende zu markieren, zu diffamieren und ihren Ausschluss aus dem öffentlichen Raum zu legitimieren. Neben der Marginalisierung Andersdenkender dient dieser Neusprech auch dazu, die Wahrnehmung der Realität der Bürgerinnen und Bürger langfristig zu verändern und neue Werte durchzusetzen. Aktivisten verändern die Wirklichkeit, indem sie die Wörter und die Zone des Sagbaren verändern. Die Sprache wird damit instrumentalisiert und ihrer wichtigsten Aufgabe, nämlich die Wirklichkeit zu beschreiben, beraubt. Stattdessen

Stichwortgeber

wird Sprache zur Machtausübung zweckverwendet, wie Scruton bitter schlussfolgert. Mittlerweile verwenden diese Strategien auch vermehrt Vertreter der Neuen Rechten wie die Identitären, um ihre menschenrechtswidrigen Standpunkte zu legitimieren. Dieser Neusprech gibt vor, dem Schönen, Guten und Wahren zu dienen, er tarnt sich wissenschaftlich und gibt sich menschenfreundlich; in Wahrheit sondert dieser Jargon aber nur Zaubersprüche und Unsinnigkeiten ab, die dem überlieferten und bewährten Kanon der Kulturgeschichte diametral widersprechen. In der Beschwörung von Wörtern über die Dinge entwickelt diese Sprache eine eigene Syntax, die jede Begegnung mit der Wirklichkeit vermeidet und eine Diskussion nach logischen Regeln verunmöglicht. Identitätspolitisches Sprechen verfolgt einen Plan, eine Absicht und das Ziel, eine gelenkte Gesellschaftsordnung zu erschaffen, die den Bürgerinnen und Bürgern von einer wissenden Elite von oben aufgezwungen wird.

Bürgerliche Politik und bürgerliche Wissenschaft verfolgt einen anderen und bescheideneren Anspruch: Niemand soll bekehrt, erweckt oder von der Politik und seinem Schicksal erlöst werden. Ein aus den Werten des europäischen Universalismus abgeleitete Weltanschauung will etwas anderes: Sie glaubt an Verträge und Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung sowie eine Politik der Sitten, der Kompromisse und der Lernfähigkeit und will diese für alle Bürgerinnen und Bürger garantieren und schützen. Sie betrachtet Politik als realpolitischen Sachzwängen geschuldete temporäre Zusammenschlüsse, die sich Tag für Tag ändern können. Politik wird als Kunst des Machbaren mit einer unvorhersehbaren Logik und Eigendynamik und nicht als permanenter Kriegszustand betrachtet. Denn die Aufgaben der Politik unterscheiden sich von jenen der Wirtschaft, da Politik nicht auf ein quantifizierbares Endergebnis mit Gewinn und Verlust reduziert werden kann. Im Unterschied zur Wirtschaft muss die Politik eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen berücksichtigen und ausgleichen. Diese prinzipielle Offenheit ist das für die Politik Spezifische und Wesenhafte. Bürgerorientierte Politik muss daher immer Theorie und Praxis, Analyse und Handlung zusammendenken. Dabei vertreten in Wettbewerbsdemokratien Parteien unterschiedliche Schwerpunkte, Themen,

Interessen und Wählersegmente. Und dass Christdemokraten andere Schwerpunkte vertreten als Sozialarchitekten und identitätspolitische Lobbyisten ist eben Grundbedingung einer lebendigen Demokratie und kein abzustellendes Ärgernis. Dabei steht bürgerliches Denken auf der Seite des Common Sense, der Norm, der Normalität, der Tradition, der Realität und der wertneutralen Wissenschaft. Das ergebnisoffene Suchen und Streben nach Wahrheit zählt mehr als die Verwirklichung einer anstrengungslosen Wohlstand versprechenden Ideologie, die auf einer Verleugnung der menschlichen Natur aufbaut.

Bürgerliche Politik steht auf der Seite von Kanon, basiert auf dem Schatz der überlieferten Menschheitsgeschichte und denunziert Werke und Weisheiten ihrer besten Köpfe nicht als überholte Gedanken und abzuschaffendes Ärgernis „toter weißer Männer“. Bürgerliche Wissenschaft nimmt die ewigen Gesetze der „Conditio humana“ (menschlichen Natur) ernst, ohne diese zu relativieren oder vorschnell als Mythen oder veraltete Narrative und Fiktionen lächerlich zu machen. Dass sich aus dem Fundus der Geistesgeschichte für die politischen und ordnungspolitischen Anforderungen des Hier und Jetzt viel lernen lässt, zeigen die im Sammelband vorgestellten Thesen und Theorien. So unterschiedlich die Werke, Axiome und Leitgedanken der vorgestellten Geistesgrößen auch sein mögen, eint sie doch die Überzeugung, dass mit Dekonstruktion und Werterelativismus allein kein Gemeinwesen zu machen ist. Im Zentrum der hier vorgestellten politischen Philosophen, Politiker, Unternehmer und Ökonomen steht die Suche nach einer Reformulierung zeitloser „epistémé politiké“, also ordnungspolitischer Leitlinien und Grundüberzeugungen, welche die universalen Erfahrungswirklichkeiten der Menschen abseits von ideologischem Missbrauch auf den Punkt bringen. Statt Zensurkultur, Woke-Dogmen und flachem Denken werden Fluchtmöglichkeiten aus der Realitätsfinsternis vorgestellt.

Diese ideengeschichtliche Einführung präsentiert Leben, Werk und Thesen von anti-totalitären und anti-sozialistischen Denkerinnen und Denkern und macht Klassiker des politischen, ökonomischen und philosophischen Denkens dem politisch interessierten Leser wieder

zugänglich. Mit dem Sammelband stellen wir von den Lektürelisten der Universitäten verbannte oder vergessene Denker wieder einem größeren Publikum vor und gliedern sie ins kollektive Gedächtnis ein. Dieser Sammelband versteht sich bewusst als Korrektiv zu den Narren, Schwindlern und Unruhestiftern, die den politischen und gesellschaftlichen Diskurs so nachhaltig verändert haben.

Bei der Auswahl der vorgestellten Denkerinnen und Denker fällt auf, dass alle eine Politik des sanften sozialen Wandels, des Maßhaltens und des Ausgleichs befürworten und jede Art von politischem Totalitarismus sowie Heilsversprechen, Utopien sowie einfache und letzte Lösungen ablehnen. Es sind Denkerinnen und Denker der Ordnung, der Gemeinwohlorientierung und einer offenen Gesellschaft, die im Unterschied zu sozialen Gerechtigkeitskriegern, selbst ernannten Sozialarchitekten und den von Scruton so trefflich genannten Unruhestiftern eben keine absolute Definitionsmacht über gesellschaftliche und politische Fragen für sich beanspruchen, sondern nur versuchen, Orientierung zu geben und klares Denken zu vermitteln in einer Zeit, wo mangelnde Urteilskraft und Moralisieren ergebnisoffenes Forschen und Handeln zu ersetzen droht.

Die Herausgeber

Hannah Arendt

Denken ohne Geländer

In den letzten Jahren hat sich Hannah Arendt (1906–1975) einer großen Aufmerksamkeit erfreut. Einige ihrer Werke sind zu Klassikern des politischen Denkens geworden. In manchen Kreisen genießt sie Kultstatus, aber Arendt ist immer wieder auch scharf für manche zeitbedingte Auffassungen kritisiert worden – ein gutes Zeichen, denn gerade die Kontroversen um sie bestätigen ihren Status als unabhängige Denkerin, die sich von keiner politischen Richtung vereinnahmen ließ. Umso anregender ist es, dem nachzugehen, was in ihrem Werk fünfzig Jahre nach ihrem Tod lebendig bleibt.

Arendt und der gesunde Menschenverstand

Wer sich an den heute allzu oft einseitigen und moralisierenden „Debatten“ stört, gewinnt den Eindruck, es bleibe dabei der gesunde Menschenverstand auf der Strecke. Entweder legen sich vorgefertigte Theorien wie einst der Marxismus über die Wirklichkeit – oder man behauptet gleich, die Wirklichkeit sei ohnehin eine „Konstruktion“, über die man keine wahren Aussagen treffen könne. Dies bedeutet für das politische Denken eine ernst zu nehmende Gefahr. Denn wir verdanken es Arendt zufolge dem Gemeinsinn oder „Common Sense“, „dass wir Wirklichkeit und Tatsächlichkeit wahrnehmen, verstehen und uns handelnd an ihnen orientieren können.“

Daher sollte man sich hüten, allzu sehr auf Projektionen zu vertrauen, die von Thinktanks auf der Basis hypothetischer Konstruktionen über die Zukunft aufgestellt werden. Arendt hielt schon zu ihrer Zeit „das in den letzten Jahrzehnten ständig wachsende Ansehen der wissenschaftsgläubigen ‚brain trusters‘, von denen Regierungen sich beraten lassen“, für „höchst beunruhigend.“ Denn ihr kam es stets auf das selbstständige Denken an. Dieses war für sie notwendig ein Geschäft, das sich nicht an Computer und ihre Modellierungen abgeben lässt.

Stichwortgeber

Für Arendt galt vor allem, von der Mentalität Abschied zu nehmen, alles in Schwarz und Weiß zu sehen. Es kam ihr darauf an, einen frischen Blick auf die Dinge zu werfen, vor allem auf die politischen Dinge. Auf die Gefahr hin, sich selbst zu irren oder unpraktikable Vorschläge zu unterbreiten. Deshalb verstand sie sich selbst auch nicht als Philosophin. Denn sie wollte auch und gerade die Politik mit „von der Philosophie ungetrübten Augen“ sehen. Warum ist das wichtig? Weil die Philosophie andere, theoretische Maßstäbe an die Politik heranträgt, die es schwer machen, sie so zu sehen, wie sie wirklich ist. Politik folgt keinen theoretischen Vorgaben – und schon gar nicht folgt sie den Vorlieben einzelner Denker. Arendts Ansatz bewegt sich deshalb von der Philosophie weg. In diesem Punkt war sie stark beeinflusst von ihrem Lehrer Heidegger, vielleicht zu sehr.

Aber vor allem prägte die Erfahrung der politischen Umbrüche ihrer Zeit Arendts Denken: Die ständige Veränderung aller Lebensumstände in moderner Zeit macht es schwierig, zu korrekten politischen Urteilen zu kommen. Denn wie kann man Maßstäbe für solche Urteile gewinnen, wenn sich alles in ständiger Veränderung befindet? Wie kann man Regeln finden, wenn es keine Regel dafür gibt, wie die Regeln angewendet werden sollten?

Arendt zeichnet ein eher idealisiertes Bild der griechischen Demokratie, in der Gleichheit herrsche und ohne Zwang allein durch Sprache politische Dinge verhandelt würden. Der Rückblick auf die Antike, den manche Arendt-Kritiker problematisch finden, dient ihr jedoch eher als Denkmittel, der eigenen Gegenwart auf die Schliche zu kommen und deren Defizite in den Blick zu nehmen. Die Rolle von Nationalstaaten und Menschenrechten lässt sich ohnehin nicht mit den Mitteln des antiken politischen Denkens in den Griff bekommen. Deshalb verwendete Arendt große Energie darauf, die politischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts im Hinblick auf Nationalismus und Imperialismus nachzuzeichnen, aus denen sich die Voraussetzungen späterer Katastrophen gebildet haben.

Ein zentraler Punkt war in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Verhältnis von Menschenrechten zu Nationalstaaten, weil sich im national orientierten Staatenbildungsprozess Bevölkerungsteile plötzlich zu Staatenlosen gemacht erleben mussten, mit gravierenden Folgen der Rechtlosigkeit für diejenigen, für die sich kein Nationalstaat mehr zuständig sah und als Schutzmacht einsetzte. Daher sollte neben den problematischen Seiten des Nationalstaats auch diese elementare Schutzfunktion, selbst wenn sie unvollkommen erfüllt wird, besonders betont werden.

In der Moderne blieb lang die Bestimmung von Herrschaft persönlicher Natur: Alle klassischen Staats- und Regierungsformen wie Monarchie, Oligarchie, Aristokratie oder Demokratie lassen sich als Formen der Herrschaft von Menschen über Menschen beschreiben. Aber, so Arendt, heute müsste diesen Grundformen die „jüngste und furchtbarste Herrschaftsform“ hinzugefügt werden, die sie als „Niemandsherrschaft“ bezeichnet. Denn hier werde Herrschaft „durch ein kompliziertes System von Ämtern ausgeübt (...), bei der man keinen Menschen mehr, weder den Einen noch die Wenigen, weder die Besten noch die Vielen, verantwortlich machen kann (...)“. Diese Niemandsherrschaft sei aber „die tyrannischste Staatsform, da es hier tatsächlich niemanden mehr gibt, den man zur Verantwortung ziehen könnte.“ Somit besteht die große Herausforderung der Politik darin, im Interesse der Bürger Verantwortungsstrukturen transparent zu gestalten und nicht als System von Verschiebebahnhöfen.

Voraussetzungen des Totalitarismus

Arendts Denken richtete sich darauf, zu verstehen, was Totalitarismus ist. Zu ihrer Zeit waren die Gründe dafür klar: die Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur im Deutschen Reich und der kommunistischen Diktatur in der Sowjetunion sowie in deren Gefolge in den osteuropäischen Satellitenstaaten sowie in Ostasien. In ihrem Klassiker über *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1955) hatte sie seinerzeit bestimmte Voraussetzungen und Bestandteile des Totalitarismus

Stichwortgeber

ausgemacht: 1. einen Schwund der Wahrnehmungsfähigkeit bei den Menschen, 2. einen Schwund der Selbsterhaltungsinstitute und 3. die Ideologie des Geschichts determinismus.

Der Totalitarismus, den Arendt vor vielen Jahrzehnten analysierte, hatte die Gestalt des Nationalsozialismus und des Stalinismus mit den bekannten brutalen Folgen – und die sind lang vorbei, wenn auch nicht unbedingt verstanden und geklärt. Weder Nationalsozialismus noch Kommunismus sind in ihren alten Formen heute noch relevant.

Dennoch sind diese Diagnosen teilweise aktualisierbar, wenn man die Elemente der historisch gewordenen Formen des Totalitarismus als mögliche Warnzeichen künftiger Entwicklungen versteht. Dabei müssen freilich andere Aspekte des Totalitarismus ausgeblendet werden, die Arendt für wesentlich hielt – so die systematische Anwendung von Gewalt und insbesondere von Terror.

Der entscheidende Punkt ist jedoch: Wir leben weiterhin – und zwar notwendigerweise – in einer Massengesellschaft, in der die Orientierungslosigkeit aus offensichtlichen Gründen zunimmt. Arendt knüpfte für das Verständnis dieser Lage an die Propheten des 19. Jahrhunderts wie Jacob Burckhardt oder Friedrich Nietzsche an, die für das 20. Jahrhundert „das Emporkommen von Demagogen und Militärdiktaturen [und] die Verbreitung von Aberglauben, Leichtgläubigkeit, Dummheit und Brutalität“ vorhersahen.

Für Arendt war indes das Hauptmerkmal der Einzelnen in einer Massengesellschaft „nicht Brutalität oder Dummheit oder Unbildung, sondern Kontaktlosigkeit und Entwurzeltheit.“ An anderer Stelle spricht sie davon, die Grunderfahrung des menschlichen Zusammenlebens im Totalitarismus bestehe in der Erfahrung der Verlassenheit. Und diese Verlassenheit und Beziehungslosigkeit habe sich daraus ergeben, dass auch die Beziehung zur Wirklichkeit wesentlich gelockert wurde und unhaltbare Schlussfolgerungen überhandnehmen. Und erst auf dieser Grundlage nun kann das ideologische Denken besonders wirksam werden, das sich zudem nur sehr schwer korrigieren lässt. Denn wenn es

einmal auf einen bestimmten Ausgangspunkt festgelegt ist, so Arendt, sei es „prinzipiell von Erfahrungen unbeeinflussbar und von der Wirklichkeit unbelehrbar.“ Diese Einsicht ist generell für das politische Denken eine Crux. Denn gegenüber solcherart ideologisch gestimmten Menschen verfängt keine Berufung auf Erfahrung und Wirklichkeit mehr, weil als solche nur akzeptiert wird, was von der Weltanschauung schon festgelegt worden war.

Politikfeindlich im eigentlichen Sinne ist für Arendt die Marx'sche Idee, es komme darauf an, die Welt zu verändern. Denn damit kommt in die Politik ein Element der Gewalt, weil Weltveränderer einen Richtungswechsel entgegen ihrer eigenen Ideologie nicht akzeptieren. Das führt zu einer scheinbar paradoxen Situation: „Das ‚Verändern der Welt‘ läuft immer darauf hinaus, Menschen am Handeln und am Verändern definitiv zu hindern.“ Anders gesagt: Wer das große Ganze der Welt ändern will, muss das Handeln und Verhalten der konkreten Menschen regulieren und vor allem in eine Richtung lenken und möglichen Widerstand unterbinden. Damit ginge aber zwingend ein Verlust an Pluralität einher.

Traditionsbruch

Die Erfahrung des Traditionsbruchs ist für Arendts Denken fundamental. Dazu kommt der Erfahrungskomplex des Paria, also des Ausgestoßenen, vor allem des ausgestoßenen und von der Vernichtung bedrohten Juden, sowie die Erfahrung der Pluralität. Die Rolle des Traditionsbruchs, den man im Bereich des Denkens mit Marx, Kierkegaard und Nietzsche verbinden kann, besteht für Arendt im Letzten darin, dass dadurch neue politische Entwicklungen zum Totalitarismus ermöglicht wurden. Zwar macht Arendt die genannten Denker des 19. Jahrhunderts nicht direkt für den Totalitarismus verantwortlich, aber dieser sei doch als der endgültige Ausdruck des modernen Traditionsbruchs zu verstehen. Das aber bedeutete für Arendt das Ende des politischen Denkens in abendländischer Tradition seit Platon und Aristoteles. Es musste nun das Politische völlig neu gedacht werden –

Stichwortgeber

und eben das versuchte Arendt selbst im Rahmen ihres „Denkens ohne Geländer“. Ein Wagnis, das nicht ohne Risiko zu haben ist.

Arendt betonte – vielleicht zum Teil zu zugespitzt – das Neue der totalitären Herrschaft gegenüber der klassischen Tyrannis: Diese hätte lediglich die politische Sphäre der Menschen zerstört und so Ohnmacht erzeugt. Der Totalitarismus aber ziehe die Menschen nach der Zerstörung des öffentlichen Raumes in eine Verstrickung mit dem Regime hinein und mache sie so zu Komplizen seiner Aktionen und Verbrechen. Der eigentliche Totalitarismus mit seinen Prinzipien des Terrors und der Ideologie war der Versuch, die faktische Pluralität des menschlichen Lebens aufzuheben und zu vernichten. So etwas hatte es vor dem 20. Jahrhundert nicht gegeben.

Arendt hatte ein sehr waches Gespür dafür, dass sich auch in liberalen Gesellschaften Elemente totalitären Denkens finden oder einschleichen können. Die weite Verbreitung von Klischees in der Alltagssprache könne ein Indiz dafür sein, wie Arendt sagt, „bis zu welchem Grad wir uns nicht nur der Fähigkeit zur Rede beraubt haben, sondern auch bereit sind, Gewaltmittel (...) zur Beilegung unserer Meinungsverschiedenheiten zu gebrauchen“. Die Haltung, Bürger bevormunden und erziehen zu wollen, kann als Einfallstor für totalitäre Denkweisen betrachtet werden. Das ist zweifellos von großer Aktualität.

Antisemitismus und Propaganda

Arendt hielt schon zu ihrer Zeit – Ende der 1960er-Jahre – die „Politisierung und Umfunktionierung der Universitäten“ für „gefährlichen Unsinn“. Das bleibt unverändert aktuell, da sich Bestrebungen dieser Art immer wieder neu ergeben können, etwa durch den „woken“ Postkolonialismus. Allerdings ist es ebenso wichtig, festzuhalten: Für Arendt war der Glaube, man könne „mit Propaganda jederzeit jedes erreichen, allen alles einreden“ ein weit verbreiteter Irrtum. Arendt unterscheidet hier nämlich das Volk vom Mob, der sich aus den Deklassierten aller Schichten des Volkes zusammensetze. Der Mob sei das „Volk in Kari-

katur“ und besonders anfällig für den Antisemitismus, auch wenn er durchaus nicht wählerisch sei und auch alle möglichen anderen Gruppen verfolgt habe. Allerdings ist der Antisemitismus auch weiterhin eine Gefahr, die sich durch ein noch so großes Maß an historisch-politischer Aufklärung offensichtlich nicht aus der Welt schaffen lässt.

Arendt beobachtete scharf, dass die Zerstörung der Vielfältigkeit und der menschlichen Pluralität auch die Zerstörung einer gemeinsamen Welt darstellt. Eine solche gemeinsame Welt, in der alle mit demselben Gegenstand befasst sind, kann nicht durch den „künstliche(n) Konformismus einer Massengesellschaft“ erzeugt werden. Im Gegenteil: „Eine gemeinsame Welt verschwindet, wenn sie nur noch unter einem Aspekt gesehen wird; sie existiert überhaupt nur in der Vielfalt ihrer Perspektiven.“ Die Konzentration auf einen einzigen Aspekt ist aber nicht zuletzt politisch hochgefährlich. Denn es könne in Massengesellschaften zu Massenhysterien kommen, „wo alle sich plötzlich benehmen, als seien sie die Glieder einer ungeheuren, in sich einstimmigen Familie“.

Die Hysterie entstehe hier dadurch, dass „ein einziger Aspekt ins Gigantische übersteigert wird.“ Tragfähig ist aber eine solche scheinbare Gemeinschaft nicht, wie überhaupt Arendt skeptisch gegen allzu schwärmerische Vorstellungen menschlicher Gemeinschaft war. So hält sie es für verfehlt, sich in Bezug auf die Erfahrung der Brüderlichkeit falschen Hoffnungen hinzugeben, aus dieser könnte gar so etwas wie ein „neuer Mensch“ entstehen. In Wirklichkeit sei keine Form der menschlichen Verbundenheit vergänglicher als die Brüderlichkeit, die in unmittelbarer Lebensgefahr zur Wirklichkeit werde, aber im normalen Leben rasch wieder verschwinde.

Arendt heute: Hinweis auf die Urteilskraft

Offenbar reizen Werk und Persönlichkeit Arendts zu konträren Reaktionen. Das ist indes kein Mangel, sondern hat sicherlich sein Gutes. Denn damit bleibt Arendt eine provozierende Denkerin, wie es ihrem eigenen Projekt eines „Denkens ohne Geländer“ entsprechen

Stichwortgeber

dürfte: Arendt taugt nicht als Autorität für das Nachbeten von Glaubenssätzen und nicht als Ikone zur Anbetung, sondern kann allenfalls im Hinblick auf ihr Anregungspotenzial Vorbild sein. Daher betrachtete Arendt ihre Essays zur Politik nicht als Anwendung dogmatischer Prinzipien, sondern als „Übungen im politischen Denken“ auf der Basis lebendiger Erfahrungen und aktueller politischer Ereignisse, an denen sich das Denken schulen muss. Die Pluralität, die als Grundtatsache des Lebens und damit auch der Politik zu akzeptieren ist, steht dem Totalitarismus entgegen, der generell auf das Abschaffen einer Öffentlichkeit zielt, in der kontroverser Gebrauch von der Freiheit gemacht werden kann. Für Arendt kam es in ihrem politischen Denken darauf an, nicht vermeintliche Gewissheiten zu predigen oder unmittelbar politisch zu wirken. Vielmehr ging es ihr um das Verstehen menschlicher Handlungen, ohne moralistisch darüber zu urteilen. Für Arendt war der Mensch ein Geschöpf, zu dessen Wesen es gehört, einen neuen Anfang setzen zu können. Eben das sei auch das Wesen des politischen Handelns, durch das etwas Neues in die Welt kommt. Verstehen wiederum bezieht sich mit dem Blick zurück auf das, was passiert ist und nicht geändert werden kann. Durch Verstehen könne dieses Geschehen begreiflich gemacht werden und die Menschen seien dann in der Lage, sich mit dem zu versöhnen, was unvermeidlich existiere.

Eine offene Frage bleibt, wie sich Massengesellschaften gegen die schlimmsten Gefahren des Konformismus schützen können. Arendt, die sowohl Amerika als auch Europa im Blick hatte, war hier mit guten Gründen skeptisch: „Spezifisch europäische Schutzvorrichtungen, wie etwa Gebräuche und Traditionen, haben (...) schon bewiesen, dass sie in modernen Not- und Zwangslagen fast nichts taugen.“ Auch in dieser Hinsicht bleibt Arendt also eine im besten Sinne unbequeme Autorin, die den Finger auf wundete Punkte der westlichen Massengesellschaften legt und als Stachel gegen allzu wohlfeile Selbstzufriedenheit oder gar Selbstgefälligkeit wirkt. Die Schulung der eigenen politischen Urteilskraft bleibt für Staatsbürger dieser Gesellschaften eine ständige Herausforderung.

Till Kinzel

Zitate

Die Gefahr des Konformismus und seine Bedrohung der Freiheit ist in allen Massengesellschaften angelegt.

Was mich so bedenklich stimmt, ist, dass ich nirgends sehe, dass die Leute Realitäten als solche erkennen und sich die Mühe machen, über diese nachzudenken.

Dem, was faktisch geschieht, kommt ideologisches Denken dadurch bei, dass es aus einer als sicher angenommenen Prämisse nun mit absoluter Folgerichtigkeit – und das heißt natürlich mit einer Stimmigkeit, wie sie in der Wirklichkeit nie anzutreffen ist – alles Weitere deduziert.

Der Begriff der Menschenrechte brach, wie Burke es vorausgesagt hatte, in der Tat in dem Augenblick zusammen, wo Menschen sich wirklich nur noch auf sie und auf keine national garantierten Rechte mehr berufen konnten.

Es liegt im Wesen des Parteiensystems, dass es echte politische Begabungen nur in Ausnahmefällen hochkommen lässt und selbst in diesen Ausnahmefällen geht die Begabung an den kleinlichen Schikanen der innerparteilichen Kämpfe leicht zugrunde.

Der einzige Ansatz, den ich für einen neuen Staatsbegriff sehe, würde im föderalistischen System liegen, dessen Vorteil darin besteht, dass Macht weder von oben noch von unten, sondern gleichsam horizontal kontrolliert und in Schach gehalten wird. Die eigentliche Schwierigkeit ist ja, dass die letzte Instanz nicht überstaatlich sein darf. Eine überstaatliche Instanz würde entweder wirkungslos sein oder von dem jeweils Stärksten monopolisiert werden und so zu einem Weltstaat führen. Das dürfte wohl das tyrannischste Gebilde sein, das sich überhaupt denken lässt, vor dessen Weltpolizei es dann auf der ganzen Erde kein Entrinnen mehr geben würde, bis es schließlich auseinanderfällt.